

Polizei | 23.01.2017 | Nr. 025/17

## **Axel Bernstein: Innenminister Studt hätte seinen Namensartikel mit Fachleuten abstimmen sollen**

CDU-Polizeiexperte Dr. Axel Bernstein hat Innenminister Stefan Studt angesichts dessen Gastbeitrages im SHZ von Sonnabend (21. Januar 2017) aufgefordert, mit den Fachleuten in seinem Ministerium Rücksprache zu halten.

„Studt braucht wirklich niemanden aufzufordern, weitere Maßnahmen auf Basis fachlicher Empfehlungen zu diskutieren. Im Gegenteil: Es warten alle darauf, dass er es endlich tut“, erklärte Bernstein in Kiel.

Immer wieder habe der Innenminister fachlich längst als notwendig erkannte Maßnahmen aus parteipolitischen Gründen abgelehnt. Dies gelte für die Verschärfung des Strafrechts bei Gewalt gegen Polizeibeamte ebenso wie bei der Einführung des G36. Auch bei der Debatte um Abschiebungen nach Afghanistan vertraue Studt ausdrücklich nicht den Fachleuten des Auswärtigen Amtes. Vielmehr orientiere er sich im Gegensatz zur Mehrzahl seiner Länderkollegen an der – zur politischen Linie der Kieler Koalition passenden – Einschätzung einer Nichtregierungsorganisation.

Bernstein erinnerte in diesem Zusammenhang an die Fragestunde zur Vorratsdatenspeicherung 2015. Dort räumte Studt auf Nachfrage ausdrücklich ein, dass die Polizeiabteilung im Innenministerium, das Landespolizeiamt und das Landeskriminalamt dieses Instrument übereinstimmend als nützlich bewerteten. Es seien auch Verfahren bekannt, in denen Täter maßgeblich aufgrund der Abfrage von Verkehrsdaten ermittelt werden konnten. Für die Landesregierung gelte jedoch der Koalitionsvertrag. Und die Auffassung des Innenministers sei die der Landesregierung.

Bernstein: „Wer so offen sagt, dass für ihn die Bewertung der Fachleute seines Ministeriums nicht zählt, der macht sich mit der Forderung nach einer fachlichen Diskussion lächerlich. Innenminister Studt hätte seinen Namensartikel mit Fachleuten abstimmen sollen. Dann wäre er gewarnt worden.“